

Rahmenlehrplan **GEMEINSCHAFTSKUNDE**

BILDUNGSPLAN
WIRTSCHAFTSGYMNASIUM



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Bildung und Sport

Dieser Rahmenlehrplan ist Teil des Bildungsplans für das Wirtschaftsgymnasium.

Die Behörde für Bildung und Sport hat mit Beschluss der Deputation vom 09.06.2004 die Erprobung des Bildungsplans beschlossen.

Er ist erstmals verbindlich für den Unterricht der Schülerinnen und Schüler, die zum 01.08.2004 in die Vorstufe bzw. in das 1. Halbjahr der Studienstufe eintreten. Der Unterricht der Schülerinnen und Schüler, die zum 01.08.2004 in das 3. Halbjahr der Studienstufe eintreten, basiert ein weiteres Schuljahr auf den bis zum 01.08.2004 gültigen Plänen. Für das Abitur ab 2006 ist der am 09.06.2004 beschlossene Bildungsplan die Grundlage für die Aufgabenstellungen.

Der Bildungsplan besteht aus einem Teil A, dem „Bildungs- und Erziehungsauftrag“ für das neunstufige Gymnasium, und einem Teil B, den Rahmenlehrplänen der Fächer (§ 4 HmbSG).

Impressum

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Bildung und Sport
Amt für Bildung
Hamburger Straße 31, 22083 Hamburg

Dieser Rahmen- bzw. Bildungsplan orientiert sich am „Rahmenlehrplan Gemeinschaftskunde / Bildungsplan Gymnasiale Oberstufe“ (2004)

Referat: Gesellschaftswissenschaftlicher Unterricht
Fachreferent: Martin Speck

Redaktion: U. Wacker

Anpassung bzw. Überarbeitung des o.g. Rahmenlehrplanes für Gemeinschaftskunde an Wirtschaftsgymnasien:

Referat: Grundsatz- und Strukturangelegenheiten
Michael Schopf (B 42-2)

Geschäftsführung: Anne Meyer
Andreas Grell (B 42-72)

Redaktion:
Tjard Christophers Staatliche Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium (H 05)
Dr. Christian Frisch Staatliche Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium (H 20)

Internet: www.bildungsplaene.bbs.hamburg.de oder www.wibes.de

Hamburg 2004

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1 Ziele	5
2 Didaktische Grundsätze	7
3 Inhalte	9
Vorstufe	9
Schriftliche Abiturprüfung	11
Grundkurse der Studienstufe	12
4 Anforderungen und Beurteilungskriterien	20
Anforderungen	20
Beurteilungskriterien	27

Vorwort

Dieser Plan geht von dem Grundsatz aus, dass die verbindlichen Inhalte und die Anforderungen an die Leistungen der Schülerinnen und Schüler nach klaren Bildungsstandards zu definieren sind. Es werden daher die Ziele des Unterrichtsfaches und die didaktischen Grundsätze sowie die verbindlichen Inhalte, Anforderungen und Beurteilungskriterien beschrieben.

Der vorgelegte Entwurf behält die bisher den Halbjahren der Studienstufe zugewiesenen Inhaltsfelder bei, verpflichtet den Unterricht aber auf eine größere inhaltliche Breite als bisher. Er ermöglicht mit den alternativen Vertiefungsbereichen weiterhin eine Tiefe des Unterrichts und der Anforderungen im Abitur, wie sie in den Einheitlichen Prüfungsanforderungen der Kultusministerkonferenz (EPA) vorgesehen ist. Aus den alternativen Vertiefungsbereichen werden die jährlich wechselnden Schwerpunktthemen für die zentralen Prüfungsaufgaben festgelegt. In den davon nicht betroffenen Halbjahren können sie von den Kursleiterinnen bzw. Kursleitern und ihren Kursen gewählt werden.

1 Ziele

Ziel des Faches Gemeinschaftskunde ist die Vertiefung der in der Sek I im Fach Politik/Gesellschaft/Wirtschaft entwickelten Urteils- und Handlungskompetenz. Kern des Faches ist die Frage: Wie ist gutes Zusammenleben möglich und gestaltbar angesichts konfliktreicher Interessenlagen und gefährdeter Zukunft? Im Unterricht wird deshalb die Fähigkeit und Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler systematisch gestärkt, sich in komplexen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen zu orientieren, diese auf ihren Sinn, auf ihre Zwänge und Gestaltungsmöglichkeiten hin zu befragen, sie sachkundig zu beurteilen und eigene Möglichkeiten der verantwortlichen Teilnahme am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu nutzen. Die vielfältigen Informationsangebote für diese Zwecke sichten, bewerten und nutzen zu lernen, wird besonders wichtig angesichts einer immer engeren Verschränkung von Politik und Öffentlichkeit. Leitbild des Unterrichts sind die mündige Bürgerin und der mündige Bürger in unserer Demokratie.

**Demokratie-
kompetenz**

Im Unterricht werden daher folgende übergeordnete Ziele angestrebt:

die Fähigkeit und Bereitschaft, eigene Interessen, Rechte und Pflichten selbstbestimmt und in sozialer Verantwortung wahrzunehmen, Konflikte angesichts der Verschiedenheit und Vielfalt menschlicher Interessen und Wertvorstellungen in einer demokratischen und pluralen Gesellschaft als unvermeidlich zu erkennen, sie unter Anerkennung der Menschenrechte und der grundlegenden Wertebezüge der Verfassung (Art. 1 und 20 GG) in den durch die Verfassung legitimierten Formen der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung auszutragen. Dabei erkennen sie, dass auch Unterliegen und Nichtberücksichtigung von Positionen legitimer Teil dieses politischen Prozesses sind;

Konfliktfähigkeit

Wertebezug

Toleranz als Fähigkeit und Bereitschaft, Verständnis für die Eigenart von Menschen und Gruppen zu entwickeln, deren Denken und Verhalten nicht den eigenen Normen und Vorstellungen entsprechen, ihre demokratischen Rechte anzuerkennen und sichern zu helfen;

Toleranz

Solidarität als eine Grundhaltung des politischen Urteilens und Handelns. Sie ist ausgerichtet an den Normen der Menschenrechte sowie der Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Sie beinhaltet ebenso die Sorge um die Natur und die Umwelt und umfasst die Bereitschaft, eine am Gemeinwohl orientierte Perspektive einnehmen zu können und danach zu handeln.

Solidarität

Das Fach Gemeinschaftskunde am Wirtschaftsgymnasium umfasst die Inhaltsfelder Politisches System/Politik, sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Beziehungen, Gesellschaft/Gesellschaftspolitik, Internationale Politik.

Inhaltsfelder

Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft sind in der gesellschaftlichen Wirklichkeit vielfältig miteinander verflochten und bedingen sich gegenseitig. Im Unterricht wird die Besonderheit der Bereiche und Zugangsweisen deutlich, ebenso aber auch ihre Verflochtenheit und die Notwendigkeit einer übergreifenden Betrachtungsweise. Ein erweitertes und vertieftes anschlussfähiges Grundwissen (Sach-, Problem- und Strukturwissen) ist Voraussetzung für das Verständnis der komplexen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge.

**Sachkompetenz-
Erweiterung und
Vertiefung von
Grundwissen**

Im Unterricht erkennen die Schülerinnen und Schüler die Interessen und Zielvorstellungen von politisch Handelnden und beschäftigen sich mit Prozessen, Institutionen, Regeln und Verfahren der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Dabei erkennen sie, dass unterschiedliche politische Grundpositionen innerhalb des demokratischen Spektrums in der Debatte um konkrete Problemlösungen aufeinandertreffen und jeweils vorläufige Lösungen im politischen Prozess ausgehandelt werden.

Politik

Im Unterricht erwerben die Schülerinnen und Schüler Einsichten in gesellschaftliche Strukturen und Prozesse und lernen Verfahren der gesellschaftlichen Konfliktregelung kennen. Sie beschäftigen sich mit der Entstehung und Veränderung sozialer Strukturen und mit Handlungs- und Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft zwischen (Sozial-)Staat, Zivilgesellschaft und Privatheit.

Gesellschaft

Die Schülerinnen und Schüler erkennen die Rechte und Pflichten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und deren Ableitung aus der Verfassung. Dazu gehört neben einer Vertiefung des Verständnisses der betreffenden Grundrechte auch die Praxis der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte vor dem Hintergrund des Sozialstaatspostulats. Sie lernen arbeitsrechtliche Konflikte und Entscheidungen aus der Perspektive der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zu betrachten und zu beurteilen. Kenntnisse über die rechtliche Stellung der Menschen im Arbeitsprozess unterstützen die Schülerinnen und Schüler bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten im Arbeitsprozess.

**Grundrecht/
Arbeitsrecht**

Die Schülerinnen und Schüler erkennen die Interessen und rechtlichen Rahmenseetzungen, die im Verkehr der Staaten untereinander und in den internationalen Organisationen ausgetragen und geregelt werden. Sie erkennen dabei, dass die gegenseitige Anerkennung der Staaten als Völkerrechtssubjekte und der Entwicklungsprozess zum Verzicht auf Gewaltanwendung in der internationalen Arena zu den Voraussetzungen einer internationalen Ordnung gehören; sie erkennen aber auch, dass dieser Entwicklungsprozess hin zu einer Weltinnenpolitik immer wieder in Frage gestellt ist. Die eigenen Lebensplanungen und Zukunftsentwürfe werden zunehmend von globalen Einflüssen geprägt, die die Schülerinnen und Schüler berücksichtigen müssen, wenn sie einen fundierten eigenen Standort finden wollen.

**Internationale
Politik**

Die Schülerinnen und Schüler lernen Fragestellungen zu erarbeiten und für die Beantwortung der Fragen angemessene Methoden der Informationsbeschaffung, Auswertung und Darstellung zu wählen. Der weiteren Förderung der Lesekompetenz kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu.

**Methodische
Fähigkeiten**

Die Übersicht über Sachverhalte, Strukturen und Kontexte sowie Methodenkenntnisse bilden die Basis für selbstregulierte Lernprozesse, für die Ausbildung eigener Beurteilungsmaßstäbe und für die Bereitschaft und Fähigkeit, sich auch außerhalb des Unterrichts über soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungen zu informieren.

Der Unterricht fördert die Urteilskraft, indem er Gewicht, Reichweite und Auswirkungen gesellschaftlicher Fragestellungen thematisiert, mit der Multiperspektivität und Kontroversität von unterschiedlichen Positionen im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben sowie der Wissenschaft vertraut macht, Interessen, Ziele und Beurteilungskriterien klärt sowie alternative Lösungsansätze abwägt. Er fördert die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel und das kritische Selbstbewusstsein hinsichtlich der eigenen Voreinstellungen, Handlungs- und Selbstkorrekturmöglichkeiten.

Urteilskraft

Für die Mitwirkung bei der Gestaltung des Schullebens, im nachbarschaftlichen Umfeld der Schule und zur aktiven Teilnahme am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verdeutlicht der Unterricht den Schülerinnen und Schüler Wege, die ihnen realitätstaugliche und erfolgreiche Handlungen in diesen Bereichen ermöglichen. Der Unterricht hilft, geeignete Rede- und Handlungsstrategien zu entwickeln und zeigt, wie individuell und im Zusammenwirken mit anderen Einfluss genommen und an Gesellschaft, Politik und Wirtschaft aktiv teilgenommen werden kann. Dazu gehören organisatorische Fähigkeiten der Planung und Koordination, soziale Fähigkeiten der Kommunikation und Interaktion und technisch-instrumentelle Fähigkeiten im Umgang mit Materialien und Medien.

**Handlungs-
fähigkeit**

Der Unterricht in der Vorstufe unterscheidet sich deutlich von dem in der Sekundarstufe I. Die Schülerinnen und Schüler gewinnen an Selbständigkeit und Teamfähigkeit bei der Findung der Unterrichtsthemen, bei der Beschaffung und Bearbeitung von Unterrichtsmaterial, bei der Präsentation von Unterrichtsergebnissen. Die Themenerarbeitung ist im Vergleich zur Arbeit in der Sekundarstufe I inhaltlich deutlich komplexer und differenzierter. Außerdem werden die Schülerinnen und Schüler nun mit Ansprüchen wissenschaftspropädeutischen Arbeitens konfrontiert. Deren Einlösung bedarf der systematischen Übung. Die Schülerinnen und Schüler werden so auch auf die Entscheidung bezüglich der Leistungskurswahl in der Sek II vorbereitet.

**Sekundarstufe I –
Vorstufe**

Grund- und Leistungskurse gewährleisten den wissenschaftspropädeutischen Anspruch in der Studienstufe auf unterschiedliche Weise. Grundkurse orientieren sich an Fragestellungen und Vorgehensweisen, wie sie für den aufgeklärten Medienbenutzer

**Grundkurse und
Leistungskurse**

und Wahlbürger zu einer Urteilsbildung erforderlich sind. Sie sind stärker als Leistungskurse auf exemplarisches Vorgehen und Elementarisierung angewiesen. Generell problematisierend und punktuell vertiefend zu arbeiten, ist auch hier erforderlich.

Der Gemeinschaftskundeunterricht fördert durch die Thematisierung der Berufs- und Arbeitswelt und Realbegegnungen die berufliche Orientierung der Schülerinnen und Schüler und ihre Fähigkeit zur begründeten Planung des weiteren Lebensweges. Die Anforderungen eines Studiums der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und die beruflichen Möglichkeiten nach Abschluss des Studiums werden den Schülerinnen und Schülern deutlich.

Berufsorientierung

2 Didaktische Grundsätze

Gemeinschaftskunde integriert Perspektiven der drei wissenschaftlichen Disziplinen Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft und berücksichtigt darüber hinaus mit dem jeweiligen Thema in Zusammenhang stehende Aspekte anderer Disziplinen, besonders der Geschichte und des Rechts. Um aktuelle gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Problemlagen und Probleme angemessen erfassen und beurteilen zu können, wird in jedem Semester innerhalb eines Vertiefungsbereichs die historische Dimension eines zentralen Aspekts (19./20. Jahrhundert) erarbeitet.

Orientierung an den Bezugswissenschaften

Integration ist für das Fach konstitutiv, um gesellschaftliche Wirklichkeit in ihrer Komplexität zu erfassen und verantwortliche Urteils- und Handlungskompetenz zu vermitteln. Der Integrationsanspruch des Faches Gemeinschaftskunde kann dann eingelöst werden, wenn die Schülerinnen und Schüler über basales Wissen über methodische Zugänge und Fachkenntnisse der beteiligten Disziplinen verfügen. Die Arbeit in der gymnasialen Oberstufe erweitert und vertieft diese Fähigkeiten und Kenntnisse und führt somit gezielt in wissenschaftliches Arbeiten und Denken ein.

Wissenschaftspropädeutik

Problemausschnitte und Fälle aus der sozialen Mikrowelt der Schülerinnen und Schüler können auch in der Oberstufe geeignete Ansatzpunkte für gemeinschaftskundliches Lernen sein. Der Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde bezieht die vielfältigen Lebens- und Erfahrungswelten der Schülerinnen und Schüler für die Auswahl und Gestaltung des Unterrichts ein. Er berücksichtigt die unterschiedlichen Zugangs- und Betrachtungsweisen junger Frauen und Männer und Aspekte der unterschiedlichen ethnischen, kulturellen, sozialen und religiösen Herkunft. Der Unterricht unterstützt die Aufmerksamkeit und Offenheit für diese Unterschiede und die Bereitschaft und Fähigkeit zum Wechsel der Perspektive.

Pluralität der Lebens- und Erfahrungswelten

Schülernahe Themen und Zugänge werden in der gymnasialen Oberstufe zunehmend ergänzt und abgelöst durch Unterrichtsinhalte, Methoden und Theorieangebote aus der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Tradition und Gegenwart, die die aktuellen Lebens- und Erfahrungswelten der Schülerinnen und Schüler deutlich überschreiten. Dennoch werden die Lernprozesse so arrangiert, dass sie den Schülerinnen und Schülern Gelegenheit geben, ihre Interessen, Gesellschafts- und Politikvorstellungen, Einsichten und Einstellungen in den Unterricht einzubringen. Der Unterricht fördert so die reflektierte Auseinandersetzung mit den eigenen Sichtweisen und erweitert sie. Die Schülerinnen und Schüler überlegen und planen daher im Rahmen der verbindlichen Unterrichtsinhalte zusammen mit der jeweiligen Kursleitung thematische und methodische Schwerpunkte, sinnvolle und interessante Handlungschancen und Formen der Darstellung der Produktergebnisse. Lerntypische Unterschiede bei den Kursteilnehmern werden dabei möglichst genutzt und berücksichtigt.

Lernprozessorientierung

Für die Thematisierung der verbindlichen Unterrichtsinhalte werden Probleme und Konflikte oder Fälle gewählt, deren Analyse zur Offenlegung von Kontroversen führt, hinter denen gesellschaftliche Interessen bzw. wissenschaftliche Positionen stehen, an denen unterschiedliche grundlegende Vorstellungen über Gesellschaft und Politik einschließlich ihrer Werteprioritäten erarbeitet werden können. Das Verfahren eröffnet auf

Problem- und Fallorientierung

diese Weise einen Zugang zu Strukturen und Prozessen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systems. Die Aktualität des Problems ist ein motivierender Einstieg in das Thema.

Um politische Urteilsfähigkeit und Entscheidungskompetenz zu fördern, werden im Unterricht sowohl konsensuale Grundlagen behandelt, als auch Themen gewählt, die in der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden. In diesem Sinne bildet der Bezug zwischen Grundfragen und aktuellen Fragen ein wichtiges didaktisches Spannungsverhältnis. In der Gesellschaft strittige Fragen werden im Unterricht offen behandelt.

Konsens und Kontroverse

Aktualitätsgebot

Demokratie und offene Gesellschaft erfordern die Fähigkeit und Bereitschaft zum rationalen Diskurs. Politisches Argumentieren, Urteilen und Handeln ist immer auch wertbezogen. Das Grundgesetz, die Hamburgische Verfassung und das Schulgesetz bilden den normativen Rahmen, auf den der Unterricht Bezug nimmt.

Diskursorientierung und normative Grundlagen

Im Gemeinschaftskundeunterricht wird die Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler gefördert, Informationsgehalt, Intention und Argumentationsstruktur anspruchsvoller Texte zu erschließen und sie zeitökonomisch zu bearbeiten. Neben Texten in deutscher Sprache werden in angemessener Weise auch Texte in englischer Sprache eingesetzt.

Ausbau grundlegender Fähigkeiten und Fertigkeiten

Die Schülerinnen und Schüler erhalten immer wieder Gelegenheit, komplexe Zusammenhänge mündlich und schriftlich in unterschiedlichen Textsorten darzustellen. Die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen sie durch gezielte Rückmeldungen darin, wichtige Arbeitsergebnisse mehrfach zu überarbeiten.

Der Gemeinschaftskundeunterricht fördert die Fähigkeit zum Einsatz und zur Interpretation formalsprachlicher Mittel, Statistiken und mathematischer Modellierungen der fachlichen Inhalte und Theorien.

Im Unterricht werden elektronische Informations- und Kommunikationstechniken für den eigenen Lernprozess, zur Recherche, zur Kommunikation mit außerschulischen Partnern und zur Gestaltung und Präsentation von Arbeitsprodukten genutzt.

Medien

Neben den notwendigen Lehrgangs- und Trainingsphasen werden solche Arbeits- und Sozialformen gewählt, die den Lernenden eigene Entscheidungsspielräume und Verantwortung einräumen und sie darin unterstützen, sich in selbstregulierten Lernprozessen mit dem Lerngegenstand und den eigenen Lernstrategien aktiv und reflektierend auseinander zu setzen.

Selbstreguliertes Lernen

Kooperatives Arbeiten, angefangen von der Arbeitsplanung bis hin zur Präsentation der gemeinsam erarbeiteter Ergebnisse, versetzen die Schülerinnen und Schüler in die Lage, eigene Vorstellungen und Ideen zu Problemlösungen in der Diskussion mit anderen zu überprüfen und zu modifizieren.

Der Unterricht im Fach Gemeinschaftskunde fördert in individualisierten Lernphasen die Arbeiten an selbst entwickelten Forschungsfragen, die unterschiedliche Zugriffe, Lösungen und Gestaltungsmittel erlauben.

Forschendes Lernen

Schülerinnen und Schüler erhalten Gelegenheit und Übungspraxis, aktiv, kooperativ und methodengeleitet gesellschaftliche Sachverhalte wahrzunehmen und zu untersuchen. Praktika, Erkundungen, Expertenbefragungen, Feldbeobachtungen, computergesteuerte Simulationen, Planspiele u. a. bieten sich dafür an. Die Ergebnisse werden in (schul-) öffentlichkeitsbezogene Produkte verarbeitet und die Akteure reflektieren ihren eigenen Lernprozess. Diese Lernform bedarf sorgfältiger fachlicher und fachdidaktischer Strukturierung und sollte sich auf Sachverhalte richten, die für die gesellschaftliche Kompetenz und die gewissenhafte Selbstreflexion von Jugendlichen bedeutsam sind.

Dazu gehören insbesondere selbstständig durchgeführte Recherchen, Erkundungen, Expertenbefragungen, Feldbeobachtungen, empirische Untersuchungen, Dokumentationen und Präsentationen, Debatten, Rollen- und Planspiele.

Die Schülerinnen und Schüler werden zur Teilnahme an Wettbewerben ermutigt.

3 Inhalte

Die Inhalte der Vorstufe ermöglichen eine Einführung in Modelldenken, die Unterscheidung zur Systembeschreibung und die jeweilige Fachbegrifflichkeit. Sie dienen darüber hinaus der weiterführenden Arbeit in der Studienstufe. **Vorstufe**

Die Inhalte der Vorstufe und der Halbjahre der Studienstufe beziehen sich in ihren jeweiligen Schwerpunkten auf die für das Fach Gemeinschaftskunde konstitutiven Disziplinen Soziologie, Politik- und Rechtswissenschaften. In die Unterrichtsarbeit werden zunehmend Aspekte und Perspektiven der erarbeiteten Schwerpunkte aufgenommen. **Inhaltsbereiche - Schwerpunkte**

Im Unterricht zu allen Inhaltsbereichen ist ein zentraler Problemaspekt in seiner historischen Dimension (19./20. Jahrhundert) zu erarbeiten. **Historischer Bezug**

Übersicht

Vorstufe			
11.1 Demokratie: Grundzüge des parlamentarischen Systems	11.2 Gesellschaft: Individuum, Gruppen, Institutionen – Rollen und Sozialisation	11.3 Politik/Internationale Politik: Europa	
Studienstufe			
12/13 - 1 Sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Beziehungen	12/13 - 2 Gesellschaft und Gesellschaftspolitik	12/13 - 3 Politisches System und Politik	12/13 - 4 Internationale Politik

Vorstufe

11.1 Grundzüge des parlamentarischen Systems

Die Schülerinnen und Schüler vertiefen ihr Verständnis eines demokratischen Staatswesens in Modell und Realität. Aufbauend auf den Kenntnissen aus der Sekundarstufe I setzen sie sich mit den Problemen der Demokratie und ihrer Entwicklung auseinander. Sie untersuchen und beurteilen anhand aktueller politischer Auseinandersetzungen Formen der politischen Mitwirkung und Einflussnahme.

Verbindliche Unterrichtsinhalte:	Aspekte und Erläuterungen:
<ul style="list-style-type: none"> • Das Parlament in Bund, Ländern und Gemeinden • Gewaltenteilung und –verschränkung als grundlegende Prinzipien des parlamentarischen Systems • Bürgerinnen und Bürger als Träger der Demokratie 	<p>Wahlen als Legitimation von Parlament und Regierung, Wahlrechtsgrundsätze (Art. 38), Wahlsystem</p> <p>Fünf Verfassungsorgane: Aufgaben, Struktur, Zusammensetzung, Probleme von Macht und Herrschaftsausübung und ihrer Kontrolle</p> <p>Staatsbürger bzw. Bürger und ihre Rechte und Pflichten, Möglichkeiten der politischen Teilhabe innerhalb und außerhalb von Parteien (z.B. in Verbänden, Bürgerinitiativen)</p>

11.2 Individuum, Gruppen, Institutionen – Rollen und Sozialisation

Die Schülerinnen und Schüler lernen, menschliches Verhalten unter dem Blickpunkt gesellschaftlicher Rollenerwartungen zu sehen, zu beschreiben und zu problematisieren. Sie erfassen eine Rollentheorie in ihren Grundzügen, verstehen ihren Anspruch zur Erfassung gesellschaftlicher Wirklichkeit und setzen sich mit ihr auseinander. Sie beschreiben und reflektieren Sozialisationsformen und -wege anhand konkreter Beispiele menschlichen Verhaltens in der Gesellschaft, speziell in formell strukturierten Gruppen bzw. Institutionen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte:	Aspekte und Erläuterungen:
<ul style="list-style-type: none"> • Rollentheorie 	Rolle und Ich-Identität: Rollenübernahme, Rollendistanz; Norm und Sanktion
<ul style="list-style-type: none"> • geschlechtsspezifische Sozialisation 	Sozialisationsinstanzen, Erklärungsmodelle
<ul style="list-style-type: none"> • Geschlechtszugehörigkeit und gesellschaftliche Chancen 	Gleichstellungskonzepte und reale Entwicklung

11.3 Europa

Die Schülerinnen und Schüler vertiefen ihr Verständnis des europäischen Integrationsprozesses, indem sie Anspruch und Wirklichkeit der Europäischen Union in einem ausgewählten Konfliktfeld untersuchen. Dabei gewinnen sie Kenntnisse über die Ziele, Institutionen und Verfahren der europäischen Einigung.

Verbindliche Unterrichtsinhalte:	Aspekte und Erläuterungen:
<ul style="list-style-type: none"> • die EU: der politische Entscheidungsprozess 	Gremien und Entscheidungsabläufe, nationale und supranationale Ebene, demokratische Willensbildung und Mitwirkung
<ul style="list-style-type: none"> • Vertiefung, Erweiterung, Wandel der EU 	Bilanz der Integrationsfolgen: was nützt uns die EU ? Interessenausgleich und -konflikt, „Euroregio“ und Nachbarn in Europa
<ul style="list-style-type: none"> • Politikfeldanalyse 	z.B. Aussenpolitik, Energiepolitik, Umweltpolitik, Agrar- und Verbraucherpolitik

Schriftliche Abiturprüfung

Vor dem Beginn einer Studienstufe erhalten die Schulen die Angabe derjenigen Fachinhalte, auf die sich die zentralen Aufgabenstellungen in der Abiturprüfung dieser Studienstufe beziehen werden (Schwerpunktthemen). Die Schwerpunktthemen sind Eingrenzungen und Konkretisierungen der verbindlich zu unterrichtenden Fachinhalte und können aus allen Themenbereichen der Studienstufe entnommen werden.

Die Aufgaben für die schriftliche Prüfung im Rahmen der Abiturprüfung werden von der zuständigen Behörde zentral gestellt. Das Niveau der Prüfungsaufgaben wird so gewählt, dass sie nicht nur den Unterricht eines Halbjahres berücksichtigen und dass sie Leistungen in den folgenden drei Anforderungsbereichen ermöglichen:

- Anforderungsbereich I umfasst das Wiedergeben von Sachverhalten und Kenntnissen im gelernten Zusammenhang sowie das Beschreiben und Anwenden geübter Arbeitstechniken und Verfahren in einem wiederholenden Zusammenhang.
- Anforderungsbereich II umfasst das selbständige Auswählen, Anordnen, Verarbeiten und Darstellen bekannter Sachverhalte unter vorgegebenen Gesichtspunkten in einem durch Übung bekannten Zusammenhang und das selbständige Übertragen und Anwenden des Gelernten auf vergleichbare neue Zusammenhänge und Sachverhalte.
- Anforderungsbereich III umfasst das zielgerichtete Verarbeiten komplexer Sachverhalte mit dem Ziel, zu selbständigen Lösungen, Gestaltungen oder Deutungen, Folgerungen, Begründungen und Wertungen zu gelangen. Dabei wählen die Schülerinnen und Schüler aus den gelernten Arbeitstechniken und Verfahren die zur Bewältigung der Aufgabe geeigneten selbständig aus, wenden sie in einer neuen Problemstellung an und beurteilen das eigene Vorgehen kritisch.

Die verschiedenen Anforderungsbereiche dienen der Orientierung für einen in den Ansprüchen ausgewogenen Unterricht und ermöglichen es, unterschiedliche Leistungsanforderungen nach dem Grad des selbständigen Umgangs mit Gelerntem einzuordnen. Der Schwerpunkt der schriftlichen Prüfung liegt im Anforderungsbereich II.

Grundkurse der Studienstufe

12/13.1 Sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Beziehungen

Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit den grundlegenden Fragen,

- welche sozialstaatlichen und rechtsstaatlichen Prinzipien im Grundgesetz (GG) verankert sind,
- welche Rechtsbeziehungen in unserer Gesellschaft Arbeitnehmer (AN) und Arbeitgeber (AG) einnehmen,
- vor welchen Herausforderungen die Tarifvertragsparteien vor dem Hintergrund des Sozialstaatspostulats stehen.

Sie sichern und erweitern Kenntnisse aus der Sekundarstufe I und aus der Vorstufe. Die neuen Inhalte werden fachsprachlich differenzierter und in Ansätzen mit theoretischem Anspruch erfasst.

Verbindliche Unterrichtsinhalte / Kernbereich:	Aspekte und Erläuterungen:
<p>Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit</p> <ul style="list-style-type: none"> • dem Rechtsstaats- und Sozialstaatsprinzip des GG • dem Individual- und Kollektivarbeitsrecht • Veränderungswünschen und deren Motiven bei Verbänden und Parteien 	<ul style="list-style-type: none"> - z. B. Menschenwürde, freie Entfaltung, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit, Eigentumsverfassung, Sozialstaat, wissenschaftliche Ansätze im Vergleich (Sozialstaat und Korporatismus) - Regelungen, die das einzelne Arbeitsverhältnis betreffen, besonders Kündigungsschutz und andere Gesetze zum Schutz der AN, und Rechtsbeziehungen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber bzw. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden - Flächentarifvertrag, Tarifbindung, Öffnungsklauseln, Betriebsvereinbarungen, Kündigungsschutz
Verbindliche Unterrichtsinhalte / Vertiefungsbereiche:	
<p>Vertiefungsbereich 1 Kollektivarbeitsrecht I - theoretische Ansätze und praktische Umsetzung -</p> <p>1.1 Betriebliche und</p> <p>1.2 unternehmerische Mitbestimmung der AN</p> <p>1.3 Grundrechte</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des zweiten (2.1 und 2.2) und des dritten Vertiefungsbereichs (3.1 und 3.3) zu berücksichtigen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Betriebsverfassungsgesetz v. 1952 bzw. 1976 und 1991, Personalvertretungsgesetz v. 1974, Richtlinie für Europäische Betriebsräte - Montanmitbestimmungsgesetz, Betriebsverfassungsgesetz v. 1952, Mitbestimmungsgesetz v. 1976 - GG Art. 1(Menschenwürde), 2 (Allgem. Persönlichkeitsrechte), 14 u. 15 (Eigentumsrechte), 1 u. 28 (Rechtsstaatsprinzip), Grundelemente europäischen Arbeitsrechts

<p>Oder</p> <p>Vertiefungsbereich 2</p> <p>Kollektivarbeitsrecht II - theoretische Ansätze und praktische Umsetzung -</p> <p>2.1 Wirtschaftsverbände</p> <p>2.2 Tarifpolitik</p> <p>2.3 Tarifverhandlungen</p> <p>2.4 Grundrechte</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des ersten (1.1 und 1.3) und des dritten Vertiefungsbereichs (3. 1 und 3. 3) zu berücksichtigen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie - Tarifvertragsgesetz, Arten und Funktionen von Tarifverträgen, Öffnungsklauseln, Betriebsvereinbarungen, Unterschiede in D-Ost und D-West, Globalisierung und internationale Lohn- bzw. Lohnnebenkostenkonkurrenz, Art. 14 u. 15 GG - Streik und Aussperrung, Friedenspflicht, Schlichtung, Urabstimmung, § 115 AFG (jetzt Sozialgesetzbuch III) , Allgemeinverbindlichkeitserklärung - Art. 5 (Meinungsfreiheit), 8 (Versammlungsfreiheit), 9 (Vereinigungsfreiheit/Arbeitskämpfe), 11 (Freizügigkeit),
<p>Oder</p> <p>Vertiefungsbereich 3</p> <p>Individualarbeitsrecht - theoretische Ansätze und praktische Umsetzung -</p> <p>3.1 Rechte zum Schutz der AN</p> <p>3.2 Arbeitsgerichtsbarkeit</p> <p>3.3 Sozialversicherungen und Sozialstaatspostulat</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des ersten (1.2 und 1.3) und des zweiten Vertiefungsbereichs (2.1, 2.2 und 2.3) zu berücksichtigen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Jugendarbeitsschutz, Kündigungsschutz, Frauen- und Mutterschutz - Arbeitsgerichte im Rechtssystem der BRD, Besonderheiten in Aufbau und Zusammensetzung, exemplarische Fälle - Historische Entwicklung, Aufgaben, Träger, Leistungen, aktueller Reformbedarf (Probleme der Sozialversicherungen), Art. 20 und 28 GG

12/13.2 Gesellschaft und Gesellschaftspolitik

Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit den grundlegenden Fragen

- in welcher Gesellschaft sie leben,
- vor welchen zentralen Herausforderungen die Gesellschaft aktuell steht,
- welche Gesellschaftspolitik betrieben werden sollte.

Sie sichern und erweitern ihre Kenntnisse aus der Sekundarstufe I und der Vorstufe. Die neuen Inhalte werden fachsprachlich differenzierter und in Ansätzen mit theoretischem Anspruch erfasst.

Verbindliche Unterrichtsinhalte / Kernbereich	Aspekte und Erläuterungen:
<p>Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundverhältnissen des guten Zusammenlebens und mit der Frage, was die Gesellschaft zusammenhält und auseinandertreibt • theoretischen Ansätzen und Beschreibungs- und Deutungsmodellen der Gesellschaft • grundlegenden Daten zu gesellschaftlichen Zusammenhängen 	<ul style="list-style-type: none"> - Individuum – Gruppe – Gesellschaft; Menschenbilder: z. B. homo sociologicus; die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit - dem funktionalistischen oder soziokulturellen Ansatz bzw. der Beschreibung der Gesellschaft z. B. als Klassengesellschaft, als geschichtete Gesellschaft, als individualisierte Gesellschaft, als Dienstleistungs-, Wissens-, Erlebnis- oder Risikogesellschaft - Armut und Reichtumsverteilung, soziale Sicherung, Bevölkerungsentwicklung (Alter, Migration)
<p>Verbindliche Unterrichtsinhalte / Vertiefungsbereich:</p>	
<p>Vertiefungsbereich 1</p> <p>1. Gesellschaftlicher Wandel und Gesellschaftspolitik: Familie</p> <p>1.1 Familie und Gesellschaft</p> <p>1.2 Familie und Beschäftigung</p> <p>1.3 Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und Familie</p> <p>1.4 Familie und Bevölkerungsentwicklung</p> <p>1.5 Intervenierende Familienpolitik in Deutschland und im Rahmen der EU.</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des zweiten (2.1 und 2.2) und des dritten Vertiefungsbereichs (3.2 und 3.3) mit heranziehen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Familie: Beschreibungs- und Deutungsmodelle, Familienformen und Funktionen im Wandel; Gesellschaftsstruktur: Klassen, Schichten, Milieus - wirtschaftlich-soziale Lagen und Bedingungen, Hausarbeit und Erwerbsarbeit, - Wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlicher Wandel, Rollen in der Familie - Die Alterung der Gesellschaft, Altsein und Familie - Familienpolitische Programme und Entscheidungen.

<p>Oder</p> <p>Vertiefungsbereich 2</p> <p>2. Gesellschaftlicher Wandel und Gesellschaftspolitik: Bildung</p> <p>2.1 Bildung und Gesellschaft</p> <p>2.2 Gesellschaft und Schule</p> <p>2.3 Schul- und Lernformen in der Diskussion</p> <p>2.4 Schule im Vergleich mit einem anderen Staat in Europa</p> <p>2.5 Schulpolitik in den Bundesländern und in Deutschland</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des ersten (1.1, 1.2 und 1.3) und des dritten Vertiefungsbereichs (3.2 und 3.3) mit heranziehen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Wissensgesellschaft: Beschreibungs- und Deutungsmodell, Bildung als wirtschaftliche Ressource und als Kulturgut, Chancengleichheit: Definitionen - Ziele der Schule in einer Demokratie und wirtschaftlich-soziale Ziele und Prioritäten, Durchlässigkeit der Schule, Lernklima und Gesellschaft - Schulsysteme, Schulformen, Schulorganisation, Bedingungen des Lernens, gesellschaftlicher Wertewandel - Aussagen und Aussagekraft z. B. einer internationalen Studie, Kriterien des Vergleichs - Föderalismus in Deutschland, föderalistische und zentralistische Konzepte und Entscheidungen
<p>Oder</p> <p>Vertiefungsbereich 3</p> <p>3. Gesellschaftlicher Wandel und Gesellschaftspolitik: die moderne Großstadt am Beispiel Hamburgs</p> <p>3.1 Stadt und Gesellschaft</p> <p>3.2 Gesellschaftlicher Wandel und städtische Lebensweise</p> <p>3.3 Einwanderung und Zukunft der Gesellschaft</p> <p>3.4 Stadt- und Stadtteilpolitik</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des ersten (1.1, 1.2 und 1.4) und des zweiten Vertiefungsbereichs (2.1 und 2.2) mit heranziehen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibung- und Deutungssansätze: Zentrum und Peripherie, Metropolenentwicklung, privater und öffentlicher Raum, Stadtteilentwicklungen - Merkmale und Auswirkungen des Wandels: Deindustrialisierung, Dienstleistungsgesellschaft Migration, Wachstum der Armut, Wohnungsmarkt, Standortpolitik, Segregation, Cityausbau (City als event), Verkehr, unterschiedliche Stadtteilentwicklungen - Einwanderungsgesellschaft: Beschreibungs- und Deutungsmodell, ethnisch - kulturelles Zusammenleben und Konflikte in verschiedenen „Arenen“ - Programme und Entscheidungen

12/13.3 Politisches System und Politik

Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit den grundlegenden Fragen

- in welchem Staat sie leben,
- vor welchen zentralen Herausforderungen Staat und Politik aktuell stehen,
- welche politischen Reformen vorgenommen werden sollen.

Sie sichern und erweitern ihre Kenntnisse aus der Sekundarstufe I und der Vorstufe. Die neuen Inhalte werden fachsprachlich differenzierter und in Ansätzen mit theoretischem Anspruch erfasst.

Verbindliche Unterrichtsinhalte / Kernbereich:	Aspekte und Erläuterungen:
<p>Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorstellungen und Annahmen zu guten Regelungen der öffentlichen Angelegenheiten • Konzepten und Typen demokratischer Herrschaft • Grundlegenden Daten und Institutionen des politischen Systems in Deutschland 	<ul style="list-style-type: none"> - Gerechte Herrschaft; Menschenbild: zoon politicon, Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit - autoritative, partizipatorische und liberale Konzepte und Typen demokratischer Herrschaft, in Ansätzen z. B. von Rousseau, Locke, Montesquieu, Hobbes, Machiavelli - Grundrechte, Gesetzgebung, Verfassungsorgane, Parteien und Parteiensystem, Wahlen, Koalitionen, Verbände,
<p>Verbindliche Unterrichtsinhalte / Vertiefungsbereich</p>	
<p>Vertiefungsbereich 1</p> <p>1. Gesetzgebung im Widerstreit politischer Interessen</p> <p>1.1 Parteiendemokratie und Machtkontrolle,</p> <p>1.2 Gesetzgebungsverfahren</p> <p>1.3 Verbände und Öffentlichkeit und ihr Einfluss auf die Gesetzgebung,</p> <p>1.4 Gesetzgebung und politische Entscheidungen in Deutschland und in der EU.</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des zweiten (2.1, 2.2 und 2.5) und des dritten Vertiefungsbereichs (3.1 3.4 und 3.5) mit heranzuziehen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Parteiendemokratie: Beschreibungs- und Deutungsmodell; institutionalisierte, formelle und informelle Machtkontrolle - verfassungsmäßige Instanzen, formelle und informelle Einflussnahmen auf Gesetzesentscheidungen - Verbände im politischen System, Öffentlichkeit und veröffentlichte Informationen und Meinungen - Verfassungen, Souveränitäten und deren Legitimation in Deutschland und in der EU

<p>Oder</p> <p>Vertiefungsbereich 2</p> <p>2. Politik und Bürger</p> <p>2.1 die pluralistische Demokratie</p> <p>2.2 Bedeutung von Parteien und Verbänden</p> <p>2.3 Formen der Bürgerbeteiligung, Vergleich mit einem anderen Land Europas</p> <p>2.4 Zivilgesellschaft und politische Kultur</p> <p>2.5 Mehr Demokratie? – politische Entscheidungen in Deutschland und in der EU.</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des ersten (1.2 und 1.3) und des dritten Vertiefungsbereichs (3.2, 3.4 und 3.5) mit heranzuziehen..</p>	<ul style="list-style-type: none"> - pluralistische Demokratie: Beschreibungs- und Deutungsmodelle - Gewichtung, Ansatzpunkte und Formen der politischen Teilhabe - Verfassungsmäßige, formelle und informelle Bürgerbeteiligungen in Deutschland und einem anderen Land, Einfluss auf politische Entscheidungen - Bürger- und Politikverständnisse, Mentalitäten und politische Kultur, Bürgersinn, private und öffentliche Tugenden in der Demokratie - Theorie und Praxis in den Bundesländern, in Deutschland und in der EU
<p>Oder</p> <p>Vertiefungsbereich 3</p> <p>3. Mediendemokratie: Chance für mehr Demokratie?</p> <p>3.1 Mediendemokratie,</p> <p>3.2 Privatheit und Öffentlichkeit</p> <p>3.3 Der politische Skandal</p> <p>3.4 Wandel der Medien und Auswirkungen auf die Politik</p> <p>3.5 Medien und Politik</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des ersten (1.1, 1.2 und 1.3) und des zweiten Vertiefungsbereichs (2.1, 2.2 und 2.5) mit heranzuziehen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Beschreibungs- und Deutungsmodell - Begriffe von politischer Kultur und Politik, Informationsfreiheit, Information und Meinungsbildung, Medien und Privatheit bzw, Öffentlichkeit - Skandal, Skandalisierung und deren politische Funktionen, Politik und Moral - Internet und Interaktivität, Bilder und Meinungsbildung, Infotainment, (Selbst-) Darstellung der Politik - politische Diskussion, Medien und Bürgereinfluss, Medien und politische Entscheidungen in Deutschland und in der EU.

12/13.4 Internationale Politik

Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit den grundlegenden Fragen

- in welchem Verhältnis die Staaten untereinander stehen,
- vor welchen Herausforderungen die deutsche Außenpolitik aktuell steht,
- welche politischen Veränderungen vorgenommen werden sollen.

Sie sichern und erweitern ihre Kenntnisse aus der Sekundarstufe I. Die neuen Inhalte werden fachsprachlich differenzierter und in Ansätzen mit theoretischem Anspruch erfasst.

Verbindliche Unterrichtsinhalte / Kernbereich:	Aspekte und Erläuterungen:
<p>Die Schülerinnen und Schüler befassen sich mit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundfragen des guten Verhältnisses der Völker bzw. Staaten zueinander • Regelung internationaler Beziehungen • Daten und Institutionen internationaler Politik 	<ul style="list-style-type: none"> - Friedensordnung und gerechte Welt - Selbstbestimmungsrecht der Völker, nationale Souveränität und „Weltinnenpolitik“, UNO als Weltregierung - Wirtschaftliche und militärische Machtzentren; UNO, Weltbank, WTO, IWF, G-8-Konferenzen, OECD, NGOs
<p>Verbindliche Unterrichtsinhalte / Vertiefungsbereich:</p>	
<p>Vertiefungsbereich 1</p> <p>1. Globale Umweltpolitik, ein Fallbeispiel</p> <p>1.1 Veränderungen natürlicher Bedingungen des Lebens auf der Erde, ökologische Vernetzungen</p> <p>1.2 Ausgangslagen und Interessen der Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer und globale wirtschaftliche Vernetzung</p> <p>1.3 Internationale Organisationen, staatliche und überstaatliche Umweltpolitiken</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des zweiten (2.2 und 2.3) und des dritten Vertiefungsbereichs (3.1) mit heranzuziehen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - ökologische Vernetzungen und ihre regionalen bzw. globalen Folgen, Beschreibungs- und Deutungsmodelle; Klimaveränderungen, Wasserverbrauch, Bevölkerungswachstum - Industrieentwicklung, Welthandel, volkswirtschaftlicher Reichtum, nachholende Wirtschaftsentwicklung, Umweltbelastung und Nachhaltigkeit, - UNO, Weltbank, WTO, IWF, NGOs, Umweltkonferenzen sowie nationale und internationale Politiken zur Umweltsicherung und zur Regelung globaler und ökologisch nachhaltiger Wirtschaft

<p>Oder</p> <p>Vertiefungsbereich 2</p> <p>2. Außenpolitik, Völkerrecht und Menschenrechte, ein Fallbeispiel</p> <p>2.1 Völkerrecht, nationale Selbstbestimmung, nationale Interessenpolitik und überstaatliche Normen</p> <p>2.2 Außenpolitik zwischen Uni- und Multilateralismus,</p> <p>2.3 Internationale Organisationen, nationale Außenpolitik und Außenpolitik als „Weltinnenpolitik“.</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des ersten Wahlpflichtthemas (1.2 und 1.3) und des dritten Vertiefungsbereichs (3.1, 3.2 und 3.3) mit heranzuziehen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Völkerrrecht, Außenpolitik in Orientierung an nationaler Sicherheit, an Menschenrechten, an Demokratie, am Ausgleich von Reichtum und Armut, an Ökologie - Uni- bzw. multilaterale Normen, Legitimation sowie Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Politik - „Weltinnenpolitik“: Beschreibungen und Deutungsmodell; nationale /europäische Außenpolitik und „Weltinnenpolitik“: politische Absichten und Entscheidungen, Normen, Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit, UNO, OECD,
<p>Oder</p> <p>Vertiefungsbereich 3</p> <p>3. Krieg und Kriegsvermeidung, ein Fallbeispiel</p> <p>3.1 Krieg und Gewalt: Mittel der Auseinandersetzung und Befriedung zwischen Gruppen, Staaten und Kulturen</p> <p>3.2 Formen der Friedenssicherung</p> <p>3.3. Internationale Organisationen, staatliche und überstaatliche Politiken</p> <p>Bei diesem Vertiefungsbereich sind Inhalte des ersten (1.2 und 1.3) und des zweiten Vertiefungsbereichs (2.2 und 2.3) mit heranzuziehen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Krieg, Rüstung, Wirtschaft; Einsatz, Regulierung, Begrenzung, Ächtung von Krieg und Gewalt; Rechtfertigungen und Strategien unter dem Gesichtspunkt nationaler Souveränität und universaler Normen - durch Demokratisierung, Menschenrechtspolitik, Minderung von Armut und globaler sozialer Ungleichheit, militärische und nichtmilitärische Strategien - Deutsche und europäische Außenpolitik, UNO und Sicherheitsrat

4 Anforderungen und Beurteilungskriterien

Anforderungen

Vorstufe

Parlamentarische Demokratie

Die Schülerinnen und Schüler sind in der Lage, das Modell der parlamentarischen Demokratie zu erfassen und auf die komplexe und widersprüchliche Realität angemessen zu beziehen.

Sie können den Nutzen dieser Abstraktions- und Lernleistung sowie die Reichweite und Grenzen des erarbeiteten Modells der parlamentarischen Demokratie einschätzen und an Beispielen darstellen.

Aufgrund ihrer Kenntnisse über Funktion und Wandel der Anforderungen an das politische System bzw. dessen Aufgaben verstehen sie Interessengebundenheit politischer Entscheidungen und deren Rahmenbedingungen.

Sie können an Beispielen Chancen und Risiken im parlamentarischen System diskutieren und beurteilen.

Die Schülerinnen und Schüler kennen zentrale Fachbegriffe des Modells der parlamentarischen Demokratie. Darüber hinaus ist den Schülern auch bewusst, dass das politische System und die Bürger sich auch den Herausforderungen einer sich ständig verändernden Welt stellen müssen. Sie sollen in der Lage sein, Anspruch und Realität des politischen Systems zu vergleichen, Ursachen für evtl. Abweichungen zu benennen und ggf. Verbesserungsvorschläge zu machen.

Auf der Ebene der Ausübung von Volkssouveränität kennen die Schüler das Wahlsystem im Bund (Wahlrechtsgrundsätze, Wahlsystem, Zusammensetzung und Aufbau des Bundestags) und in den Ländern (mind. Freie und Hansestadt Hamburg). Sie kennen auch die anderen vier Verfassungsorgane, besonders die Bundesregierung und den Bundesrat. Die Schüler sind außerdem damit vertraut, dass unsere Verfassung eine Reihe anderer Möglichkeiten politischer Teilhabe außerhalb von Parteien vorsieht, zu deren Aufbau und Programmatik im Zusammenhang mit Wahlen/Parlamentarismus Kenntnisse erlangt werden sollen.

Sozialisation

Die Schülerinnen und Schüler können vor ihrem eigenen Erfahrungshintergrund das Erklärungsmodell der Rollentheorie aufnehmen und auf konkrete Alltagssituationen sinnverstandend anwenden. Dabei gewinnen sie auch Anlässe, die eigene Rollenübernahme zu reflektieren.

Die Beschäftigung mit der geschlechtsspezifischen Sozialisation ermöglicht den Zugang zum multiperspektivischen Blick auf die eigene Rolle und öffnet das Verständnis für Rollendifferenz und Rollenwandel.

Die Schülerinnen und Schüler kennen die zentralen Begriffe und Erklärungsansätze einer Rollentheorie (Rolle, Normen und Sanktionen, Rollenerwartungen, Rollenkonflikte, Identität und Rollenhandeln).

Sie kennen die gesellschaftlichen und pädagogischen Bezugsgrößen der Mädchen- und Jungensozialisation, die Wirkung und Begrenztheit der traditionellen Sozialisationsinstanzen im Jugendalter und die Grunddaten über die Chancengerechtigkeit für Frauen und Männer in unserer Gesellschaft. Politische Konzepte, die sich auf diese Situation beziehen, können in Verknüpfung mit den eigenen Positionsbestimmungen geklärt und überprüft werden.

Europa

Die Schülerinnen und Schüler sind in der Lage, für einen konkreten politischen Bereich den Ablauf des Entscheidungsprozesses in der EU an einem Fall nachzuvollziehen, wobei sie das Gewicht nationalstaatlich verorteter Interessen im Zusammenhang der Gemeinschaftspolitik berücksichtigen. Sie können die demokratietheoretische Frage nach der Legitimation und Rückbindung von Entscheidungen an die Wählerschaft in den EU- Mit-

Vorstufe

Kompetenzen

Kenntnisse

Kompetenzen

Kenntnisse

Kompetenzen

gliedstaaten bei der Bewertung des Politikprozesses einbeziehen.

Die Zukunftsperspektive der europäischen Einigung wird als Chance und als Entwicklungsproblem mit zahlreichen Hindernissen und Widersprüchen begriffen und kontrovers erörtert. Dabei sollen die institutionellen Veränderungen einbezogen werden.

Für einen Bereich der Integrationspolitik können die Schülerinnen und Schüler die konkrete Problemlage, die jeweiligen Interessen und die möglichen Auswirkungen einer Entscheidung oder Gesetzgebung einschätzen.

Die Schülerinnen und Schüler sollen die Institutionen der EU im Prozess einer konkreten Entscheidung kennen und deren Zuordnung zu einer eher zwischenstaatlichen oder eher supranationalen Ebene der Integrationspolitik leisten.

Kenntnisse

Der Wandlungs- und Reformprozess soll im Zusammenhang der Debatte über ein mögliches Demokratiedefizit der EU konkret untersucht werden (Folgen der EU-Erweiterung, Verfassungsfrage, Einstimmigkeitsregel).

Für einen ausgewählten konkreten Politikbereich kennen die Schülerinnen und Schüler die Ausgangslage in mindestens zwei Mitgliedsländern und können die EU-Regelungen auf die jeweils im nationalstaatlichen Rahmen vorgenommenen Entscheidungen und Entwicklungen beziehen.

Studienstufe Grundkurs

Studienstufe

Grundkurse

Sozialstaatliche und arbeitsrechtliche Beziehungen - theoretische Ansätze und praktische Umsetzung -

Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler

- zeigen, dass sie die sozialstaatlichen, rechtsstaatlichen und arbeitsrechtlichen Beziehungen des Grundgesetzes (GG) darstellen können,
- bewerten die Positionen von Arbeitnehmern sowie Arbeitgebern in unserer Gesellschaft,
- zeigen, dass sie die grundsätzlichen Spannungsverhältnisse bedingt durch die unterschiedlichen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen und Ziele erkennen,
- stellen rechtliche Regelungen zur Bewältigung der arbeitsrechtlichen Konflikte dar,
- beurteilen die rechtlichen Konfliktlösungsmöglichkeiten ,
- hinterfragen Reformbestrebungen hinsichtlich wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Auswirkungen .

Die Schülerinnen und Schüler

Kenntnisse

- kennen die folgenden Grundgesetzeinhalte: Menschenwürde, allgemeine Persönlichkeitsrechte, Freiheitsrechte, Eigentumsrechte und -pflichten, Rechtsstaatsprinzip, Sozialstaatsprinzip (im Verhältnis zu Korporatismus),
- erläutern die unterschiedlichen Positionen der Akteure auf den Arbeitsmärkten,
- verstehen Interessen- und Zielkonflikte und deren normative Grundlagen (z.B. Arbeitnehmerschutzgesetze, Arbeitnehmermitbestimmungsgesetze, Tarifvertragsgesetz),
- verfügen über Fakten zur Beurteilung von Konflikten und über rechtliche Instrumente zur Konfliktlösung,
- beurteilen die Schwächen im Arbeitsrecht und sich daraus ergebende Forderungen nach Reformen des Arbeitsrechts.

Sie erläutern im Besonderen wichtige inhaltliche Zusammenhänge des **Vertiefungsbereichs „Kollektivarbeitsrecht I“**, speziell

- betriebliche Mitbestimmung, rechtliche Grundlagen wie Betriebsverfassungsgesetz von 1952 nebst Reformen, Personalvertretungsgesetz 1952 nebst Reformen, Richtlinie für Europäische Betriebsräte,
- Wahl, Zusammensetzung, Aufgaben der Betriebsräte bzw. Personalräte und der Jugendauszubildendenvertretungen,
- Arbeitnehmervertretung im Betrieb als Institution zur Regelung von Konflikten auf betrieblicher Ebene,
- Mitbestimmung auf Unternehmensebene, rechtliche Grundlagen wie Montanmitbestimmungsgesetz von 1951, Betriebsverfassungsgesetz von 1952, Mitbestimmungsgesetz von 1976,
- Wahl, Zusammensetzung, Aufgaben der Aufsichtsräte nach den verschiedenen Mitbestimmungsgesetzen,
- Zusammenhang von Grundgesetzartikeln und Mitbestimmung (z.B. Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Unternehmensebene versus Eigentumsrechte Art. 14 u. 15 GG),
- Grundelemente des europäischen Arbeitsrechts;

oder

sie erläutern wichtige inhaltliche Zusammenhänge des **Vertiefungsbereichs „Kollektivarbeitsrecht II“**, speziell

- Beschreibung der Rolle von Wirtschaftsverbänden im gesellschaftspolitischen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland, pluralistische Demokratie,
- rechtliche und politische Rahmenbedingungen der Verbandstätigkeit,
- rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten von Tarifverträgen, Auswirkungen unterschiedlicher tarifpolitischer Ansätze auf Wirtschaft und Gesellschaft,
- Tarifpolitik im Rahmen der europäischen Integration und der Globalisierung,
- Ablauf von Tarifverhandlungen, Arbeitskampfinstrumente, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und ihre Auswirkungen in einer sozialen Marktwirtschaft,
- relevante Grundrechtsartikel im Zusammenhang mit Tarifpolitik, z.B. Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie;

oder

sie erläutern wichtige inhaltliche Zusammenhänge des **Vertiefungsbereichs „Individualarbeitsrecht“**, speziell

- Rechtsgrundlagen, Inhalte und Ziele der verschiedenen Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- Aufbau des Gerichtswesens in der Bundesrepublik Deutschland, die besondere Stellung/Rolle der Arbeitsgerichtsbarkeit, Aufbau und Zusammensetzung der Arbeitsgerichte,
- Rechtsprechung der Arbeitsgerichte an exemplarischen Fällen, Auswirkungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung auf „das Arbeitsrecht“,
- Sozialstaatspostulat, historische Entwicklung der Sozialversicherungen, Aufgaben, Träger und Leistungen der Sozialversicherungen, Probleme der Sozialversicherungen und ihre Ursachen,
- aktueller Reformbedarf, Reformdiskussion über Veränderungen bzw. Neugestaltung des sozialen Netzes.

Die Schülerinnen und Schüler ziehen zur Erläuterung des jeweiligen Vertiefungsbereichs die angegebenen Inhalte aus den jeweils anderen Vertiefungsbereichen heran.

Gesellschaft und Gesellschaftspolitik**Kompetenzen**

Die Schülerinnen und Schüler

- zeigen, dass sie grundlegende gesellschaftliche Zusammenhänge verstehen und fachangemessen darstellen können,
- verfügen über die Einsicht, dass sich das menschliche Leben u. a. im Spannungsverhältnis von Individuum, Gruppe und Gesellschaft konstituiert und dass Gesellschaft in allen ihren Erscheinungsformen durch menschlichen Gestaltungswillen veränderbar ist,
- erkennen und reflektieren unterschiedliche Interessen und Ziele von Gruppen, Organisationen und Institutionen,
- stellen selbst erforschte Sachverhalte mit kritischer Distanz dar und setzen Sachverhalte in Beziehung zu Beschreibungsmodellen,
- sind in der Lage, mit Gesellschaftskonzepten verbundene theoretische Ansätze kontrovers darzustellen und in die abschließende Beurteilung mit einzubeziehen,
- schätzen konzeptionelle Vorschläge zur Veränderung von Gesellschaft auf deren Realisierungsmöglichkeiten hin ab.

Die Schülerinnen und Schüler

Kenntnisse

- kennen die nachfolgenden grundlegenden Daten: Armut- und Reichtumsverteilung, soziale Sicherung, Bevölkerungsentwicklung (Alter, Migration)
- kennen und erläutern Beschreibungsmodelle der Gesellschaft, z. B. den funktionalistischen und den soziokulturellen Ansatz oder Beschreibung und Erklärung der Gesellschaft als Klassengesellschaft, als geschichtete Gesellschaft, als Dienstleistungs-, Wissens-, Erlebnis- oder Risikogesellschaft,
- kennen und erläutern kurrierende gesellschaftliche Konzepte (Ziele, Träger, Instrumente, Wirkungen),
- verstehen Interessen und Zielkonflikte und deren normative Prämissen (z. B. bei unterschiedlichen Erwartungen des Einzelnen und einer gesellschaftlichen Organisation oder Institution, bei Zielkonflikten zwischen gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen),
- kennen und erläutern grundlegende Probleme in der Folge gesellschaftlicher Veränderungen, speziell unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit und der sich daraus ergebende Forderungen nach Steuerung in der Gesellschaft.

Sie kennen und erläutern im Besonderen wichtige inhaltliche Zusammenhänge des Vertiefungsbereichs „**Gesellschaftlicher Wandel und Gesellschaftspolitik: Familie**“, speziell

- Daten zur Analyse: soziale Ungleichheit und Familie,
- Familie: Beschreibungs- und Deutungsmodelle, Interessen, normative Prämissen,
- Familie und Beschäftigung: wirtschaftlich-soziale Lagen und Bedingungen, wirtschaftlicher Wandel, Ausbildung, Beruf, Einkommen, Mobilität, Hausarbeit und Erwerbsarbeit
- Familienformen und Funktionen im Wandel: Rollen, Individualisierung; Pluralisierung von Lebensformen,
- Alterung der Gesellschaft: veränderte Einstellung zur Familie, zum Alter und zum Kind
- Familie, kulturelle Traditionen und Wandel,
- familienpolitische Programme und Entscheidungen in Deutschland und im Rahmen der EU: Möglichkeiten, Notwendigkeiten, Grenzen, Zielkonflikte, Interessen, Wirksamkeitsabschätzung;

oder

sie kennen und erläutern wichtige inhaltliche Zusammenhänge des Vertiefungsbereichs **„Gesellschaftlicher Wandel und Gesellschaftspolitik: Bildung“**, speziell

- Wissensgesellschaft: Beschreibungs- und Deutungsmodell, Interessen, normative Prämissen,
- soziale Herkunft, Chancengleichheit und -gerechtigkeit im Sozialstaat,
- Schulsysteme und -formen in der Diskussion: Vorschule, Grundschule, dreigliedriges Schulsystem, Gesamtschule, Ganztagschule
- Lern- und Schulerfolg: Bedingungen des Lernens,
- Lernen und Lernumfeld: Lernkulturen in unterschiedlichen Ländern und Regionen, Vergleiche, Maßstäbe, Aussagekraft,
- schulpolitische Programme und grundlegende Entscheidungen in Hamburg, in Deutschland und in einem anderen Land Europas: Möglichkeiten, Grenzen, Notwendigkeiten, Zielkonflikte, Interessen, Wirksamkeitsabschätzung;

oder

sie kennen und erläutern wichtige inhaltliche Zusammenhänge des Vertiefungsbereichs **„Gesellschaftlicher Wandel und Gesellschaftspolitik: die moderne Großstadt am Beispiel Hamburgs“**, speziell

- Stadt und Gesellschaft, Beschreibungs- und Deutungsansätze, Interessen, normative Prämissen
- Merkmale und Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels in der Stadt, speziell anhand von Stadtteilentwicklungen
- Einwanderungsgesellschaft: Beschreibungs- und Deutungsmodell, Interessen, normative Prämissen,
- Einwanderung und Zukunft der Gesellschaft: ethnisch-kulturelles Zusammenleben und Konflikte in verschiedenen „Arenen“
- Zwei Stadtteile mit hohem und geringem Zuwanderungsanteil im Vergleich (wohnen, arbeiten, einkaufen, Freizeitangebote, kulturelle Standards)
- Stadt- und Stadtteilpolitische Programme und Entscheidungen: Möglichkeiten, Grenzen, Notwendigkeiten, Zielkonflikte, Interessen, Wirksamkeitsabschätzung.

Die Schülerinnen und Schüler ziehen zur Erläuterung des jeweiligen Vertiefungsbereichs die angegebenen Inhalte aus den jeweils anderen Vertiefungsbereichen heran.

Politisches System und Politik**Kompetenzen**

Die Schülerinnen und Schüler

- verfügen über die Einsicht, dass in einer parlamentarischen Demokratie das Spannungsverhältnis zwischen Zielen und Normen der Verfassung und deren Interpretation einerseits und den partikularen Macht- und Herrschaftsstrukturen sowie den Partizipationsmöglichkeiten der Bürger andererseits strukturell bedingt ist,
- begreifen, dass politische Entscheidungsfindung, die Entscheidungen selbst sowie deren Realisierung in unserer Gesellschaft durch einen hohen Grad an Problemlösungskomplexität charakterisiert sind,
- reflektieren die eigene politische Teilnahme im Rahmen dieser Grundprobleme,
- sind bereit und in der Lage, sich mit politischen Sachverhalten auseinander zu setzen, angebotene oder selbst entwickelte Problemlösungen unter Einbeziehung von elementaren Theorieansätzen zu reflektieren und eigenständig zu beurteilen.

Die Schülerinnen und Schüler

Kenntnisse

- kennen die nachfolgenden Daten und Institutionen zum politischen System in Deutschland: Grundrechte, Gesetzgebung, Verfassungsorgane, Parteien und Parteiensystem, Wahlen, Koalitionen, Verbände,
- kennen zentrale Merkmale eines autoritativen, partizipatorischen und liberalen Konzepts demokratischer Herrschaft,
- beschreiben Auswirkungen des wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Wandels auf Politikfelder und den Umgang der Akteure und der demokratischen Öffentlichkeit mit politischen Problemen,
- setzen sich mit dem Problem der Politikverdrossenheit auseinander,
- erläutern an einem Beispiel das Spannungsverhältnis zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit,
- verstehen den Zusammenhang zwischen der Beurteilung eines politischen Sachverhalts und dem Demokratie- bzw. Politikverständnis des Urteilenden.

Sie kennen und erläutern im Besonderen wichtige inhaltliche Zusammenhänge des Vertiefungsbereichs „**Gesetzgebung im Widerstreit politischer Interessen**“, speziell

- Parteiendemokratie: Beschreibungs- und Deutungsmodell, Interessen, normative Prämissen,
- Gesetzgebungsverfahren, Instanzen und Kräfte,
- Machtkontrolle und Einfluss auf die Gesetzgebung in der parlamentarischen Demokratie,
- Definitionen und Legitimationen von Macht und Herrschaft,
- Formen und Reichweite staatlichen Handelns von der Bundesregierung bis zum örtlichen Amt,
- Partikularinteressen und Gemeinwohl, politische Veränderungen und Veränderungsfähigkeit,
- Eine politische Entscheidung auf gesetzlicher Grundlage in Deutschland, Einflussnahme der EU ,

oder

sie kennen und erläutern wichtige inhaltliche Zusammenhänge des Vertiefungsbereichs „**Politik und Bürger**“, speziell

- die pluralistische Demokratie: Beschreibungs- und Deutungsmodelle, Interessen, normative Prämissen,
- Politikdefinitionen und Bürgerbegriffe,
- Formen öffentlicher (Selbst-)Darstellung der Politik und individuelle politische Meinungsbildung,
- formelle und informelle Bürgerbeteiligung,
- Zivilgesellschaft, Bürgerbeteiligung, politische Kultur, Veränderungen in der Demokratie, Vergleich mit einem anderen Land in Europa,
- mehr Demokratie in Deutschland und in der EU? Konzepte: Interessen, normative Prämissen, Ziele und Zielkonflikte, Wirksamkeitsabschätzung.

oder

sie kennen und erläutern wichtige inhaltliche Zusammenhänge des Wahlpflichtthemas „**Mediendemokratie: Chance für mehr Demokratie?**“, speziell

- Mediendemokratie: Beschreibungs- und Deutungsmodell, Interessen, normative Prämissen,
- Begriffe von Politik, Privatheit und Öffentlichkeit,
- Funktionen der Öffentlichkeit: Information und Meinungsbildung ,
- Medien, politische Kultur und Politik,

- Skandale und ihre Funktion, Bedeutung der Öffentlichkeit,
- alte und neue Medien zwischen interaktiver und gesteuerter Meinungsbildung
- Medien und Politik: Chance für mehr Demokratie? Ziele, Zielkonflikte, Interessen, Wirksamkeitsabschätzung

Die Schülerinnen und Schüler ziehen zur Erläuterung des jeweiligen Vertiefungsbereichs die angegebenen Inhalte aus den jeweils anderen Vertiefungsbereichen heran.

Internationale Politik

Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler

- verfügen über die Einsicht, dass im Rahmen der Globalisierung neue Formen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, ökologischen, kulturellen und politischen Kooperation der Staaten mit dem Ziel der Sicherung des Friedens, der Überlebensfähigkeit auf der Erde und des Ausgleichs disparater wirtschaftlich-gesellschaftlicher Entwicklungen gefunden und gesichert werden müssen,
- reflektieren damit verbundene Paradigmen- und Normenveränderungen in der internationalen Politik,
- sind in der Lage, mit Politikkonzepten verbundene theoretische Ansätze kontrovers darzustellen und in ihre Beurteilung mit einzubeziehen,
- setzen ihr Alltagsverhalten in Beziehung zu den analysierten Problemen und kennen und bedenken Formen und Möglichkeiten eigener Einflussnahme auf die Politik.

Die Schülerinnen und Schüler kennen und erläutern

Kenntnisse

- die nachfolgenden Daten und Institutionen internationaler Politik: Wirtschaftliche und militärische Machtzentren; UNO, Weltbank, WTO, IWF, G-8-Konferenzen, OECD, NGOs
- Konzepte zur Beschreibung und Deutung der Außenpolitik (z. B. Demokratisierung und Sicherheitspolitik),
- Perspektiven und Entscheidungskompetenzen im Konzert der Mächte unter dem Anspruch universeller Menschenrechtsnormen (z. B. Außenpolitik als Weltinnenpolitik, die Eine Welt).

Sie kennen und erläutern im Besonderen wichtige inhaltliche Zusammenhänge des Vertiefungsbereichs „**Globale Umweltpolitik, ein Fallbeispiel**“, speziell

- Begriffe von Nachhaltigkeit,
- ökologische Vernetzungen und deren territoriale bzw. globale Folgen: Beschreibungs- und Deutungsmodelle, Interessen, normative Prämissen,
- Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer: wirtschaftliche Produktion, Nutzung von Ressourcen, Umweltbelastung,
- nachholende Wirtschaftsentwicklung: Konzepte: Ziele Zielkonflikte, Interessen, normative Prämissen, Wirksamkeitsabschätzung,
- globale Umwelt- und Wirtschaftspolitik im Widerstreit zwischen nationalen Interessen und international verabredeten Absichten und Erfordernissen (UNO, Weltbank, OECD, Konferenzen, NGOs);

oder

sie kennen und erläutern wichtige inhaltliche Zusammenhänge des Wahlpflichtthemas „**Außenpolitik, Völkerrecht und Menschenrechte, ein Fallbeispiel**“, speziell

- nationale Selbstbestimmung, Völkerrecht und Menschenrechtspolitik: Interessen, normative Prämissen,
- Außenpolitik zwischen Uni- und Multilateralismus, zwischen nationalen Interessen und internationalen Absprachen und Festlegungen und unter dem Anspruch universaler Normen (UNO und Sicherheitsrat),
- deutsche Außenpolitik; die EU als Ordnungsmacht in Europa und der Welt: ein Szenario

- „Weltinnenpolitik“: Beschreibungs- und Deutungsmodelle, Interessen und normative Prämissen;

oder

sie kennen und erläutern wichtige inhaltliche Zusammenhänge des Vertiefungsbereichs **„Krieg und Kriegsvermeidung, ein Fallbeispiel“**, speziell

- Definitionen und Formen von Krieg,
- Legitimation und Ächtung von Gewaltanwendung und Krieg, normative Prämissen, Interessen,
- nationale Interessen, Völkerrecht, universale Normen und Krieg,
- wirtschaftliche Interessen, technologische Entwicklungen und Kriegsbereitschaft,
- Friedenssicherung: Konzepte, Strategien, Interessen, Ziele, Zielkonflikte, Wirksamkeitsabschätzung,
- nationale Politiken und Internationale Organisationen, Kriegs- und Friedenspolitik (UNO und Sicherheitsrat), Konzepte und Strategien: Ziele, Zielkonflikte, Interessen, Wirksamkeitsabschätzung.

Die Schülerinnen und Schüler ziehen zur Erläuterung des jeweiligen Vertiefungsbereichs die angegebenen Inhalte aus den jeweils anderen Vertiefungsbereichen heran.

Beurteilungskriterien

Beurteilungskriterien für Unterrichtsgespräche, z.B. bei thematisch zentrierten Diskussionen, im fragend-entwickelnden Unterricht, bei der Planung und Auswertung von Unterricht, können sein: **Unterrichtsgespräche**

- Situationsgerechte Einhaltung der Gesprächsregeln
- Anknüpfung an Vorerfahrungen und den erreichten Sachstand
- Sachliche, begriffliche und sprachliche Korrektheit
- Verständnis anderer Gesprächsteilnehmer und Bezug zu ihren Beiträgen
- Ziel- und Ergebnisorientierung

Beurteilungskriterien für Phasen individueller Arbeit, z.B. beim Entwickeln eigener Forschungsfragen, Recherchieren und Untersuchen, können sein: **Individuelle Arbeit**

- Einhaltung verbindlicher Aufgaben, Absprachen und Regeln
- Anspruchsniveau der Aufgabenauswahl
- Zeitplanung und Arbeitsökonomie, konzentriertes und zügiges Arbeiten
- Übernahme der Verantwortung für den eigenen Lern- und Arbeitsprozess
- Einsatz und Erfolg bei der Informationsbeschaffung
- Flexibilität und Sicherheit im Umgang mit den Werkzeugen
- Aufgeschlossenheit und Selbstständigkeit, Alternativen zu betrachten und Lösungen für Probleme zu finden

Beurteilungskriterien für Gruppenarbeiten und Leistungen im Team können sein: **Arbeit im Team**

- Initiativen und Impulse für die gemeinsame Arbeit
- Planung, Strukturierung und Aufteilung der gemeinsamen Arbeit
- Kommunikation und Kooperation
- Abstimmung, Weiterentwicklung und Lösung der eigenen Teilaufgaben
- Integration der eigenen Arbeit in das gemeinsame Ziel

Beurteilungskriterien für Produkte wie Reader, Ausstellungsbeiträge, Präsentationen, Internetseiten, Wettbewerbsbeiträge können sein: **Produkte**

- Eingrenzung des Themas und Entwicklung einer eigenen Fragestellung
- Umfang, Strukturierung und Gliederung der Darstellung
- Methodische Zugangsweisen, Informationsbeschaffung und -auswertung
- Sachliche, begriffliche und sprachliche Korrektheit
- Schwierigkeitsgrad und Eigenständigkeit der Erstellung
- Kritische Bewertung und Einordnung der Ergebnisse
- Adressatenbezug, Anschaulichkeit und Medieneinsatz
- Ästhetik und Kreativität der Darstellung

Beurteilungskriterien für Lerntagebücher und Arbeitsprozessberichte mit Beschreibungen zur individuellen Ausgangslage, zur eigenen Teilaufgabe, zur Vorgehensweise, zum Umgang mit Irrwegen und Fehlern, zu den individuellen Tätigkeiten und Ergebnissen sowie zu den Lernfortschritten können sein: **Lerntagebuch, Arbeitsprozessbericht**

- Darstellung der eigenen Ausgangslage, der Themenfindung und -eingrenzung, der Veränderung von Fragestellungen
- Darstellung der Zeit- und Arbeitsplanung, der Vorgehensweise, der Informations- und Materialbeschaffung
- Fähigkeit, Recherchen und Untersuchungen zu beschreiben, in Vorerfahrungen einzuordnen, zu bewerten und Neues zu erkennen
- Konstruktiver Umgang mit Fehlern und Schwierigkeiten
- Selbstkritische Beurteilung von Arbeitsprozess und Arbeitsergebnis

Beurteilungskriterien für schriftliche Lernerfolgskontrollen wie Hausarbeiten, Protokolle, Tests und Klausuren können sein: **Schriftliche Lernerfolgskontrollen**

- Sachliche, begriffliche und sprachliche Korrektheit
- Übersichtlichkeit und Verständlichkeit
- Reichhaltigkeit und Vollständigkeit
- Eigenständigkeit und Originalität der Bearbeitung und Darstellung

Lehrerinnen und Lehrer initiieren und gestalten mit ihren Kolleginnen und Kollegen und Schülerinnen und Schülern weitere Lernsituationen und Arbeitsprodukte wie Projekte, Praktika, Gestaltung von Unterrichtsstunden durch Schülerinnen und Schüler, Podiumsdiskussionen, Rollen- und Planspiele und entwickeln in Absprache mit ihnen entsprechende Beurteilungskriterien. **Weitere Lernsituationen und Arbeitsprodukte**

Die Fachkonferenzen stimmen die Bereiche und Kriterien für die Leistungsbeurteilung ab und legen sie fest. **Fachkonferenzen**

Die Lehrerinnen und Lehrer erläutern den Schülerinnen und Schülern die Anforderungen, die erwarteten Leistungen sowie die Beurteilungskriterien und erörtern sie mit ihnen. Bei der konkreten Auslegung der Beurteilungskriterien werden die Schülerinnen und Schüler beteiligt. **Transparenz**